



Wahlprogramm 2010 der Liberalen Hochschulgruppe Freiburg

Für mehr Demokratie und Mitbestimmung

Wir treten für mehr Demokratie und studentische Mitbestimmung an den Hochschulen im Land und an der Universität vor Ort ein. Das bestehende fachschafts-basierte System des u-asta lehnen wir als undemokratisch ab. Tatsächlich werden Entscheidungen in einem Rätssystem von Minderheiten getroffen und der Mehrheit der Studierenden aufgezwungen.

Stattdessen fordern wir die sofortige Einführung eines demokratisch legitimierten Studierendenparlaments und eines durch dieses gewählten Vorstands. Nur in einem Studierendenparlament können unterschiedliche Meinungen artikuliert werden. Natürlich lehnen wir die Fachschaften selbst nicht ab, ihre Kompetenzen sollen sich aber darauf beschränken, was sie am besten können: auf die Fachbereiche und Fakultäten.

Ein Studierendenparlament ist aber nur ein erster Schritt zu mehr Demokratie. Wir fordern die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft mit hochschulpolitischem Mandat, in der die Kompetenzen des Studierendenparlaments gegenüber dem gegenwärtigen AStA deutlich ausgebaut werden. Eine verfasste Studierendenschaft mit allgemeinpolitischem Mandat bzw. ohne Studierendenparlament lehnen wir entschieden ab. Erstens ist es nicht die Aufgabe einer Studierendenvertretung, sich zu Themen wie dem Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr zu äußern, zweitens würde eine verfasste Studierendenschaft ohne Studierendenparlament nur die Spielräume eines undemokratischen Systems erweitern.

Der AStA mit der gegenwärtigen buf-Dominanz ist keinesfalls in der Lage, seinen Aufgaben gerecht zu werden. Durch die buf-Mehrheit werden einige der Aufgaben an den u-asta delegiert, andere aber vollkommen vernachlässigt. Zudem ist der u-asta nicht durch demokratische Wahlen legitimiert. Demokratie setzt zwei Dinge voraus: Wettbewerb und Partizipation. Wettbewerb ist im u-System keinesfalls gewährleistet, es bräche gar zusammen, sobald die Fernsteuerung des AStA durch die buf-Front infolge veränderter Mehrheitsverhältnisse entfielen. Auch die Partizipationsmöglichkeiten sind vollkommen unzureichend. Nicht nur wird der Einfluss unabhängiger Kräfte vernachlässigbar gehalten, auch die Unfähigkeit, einfache administrative Aufgaben wie die Vergabe der Stellwände im KG II zu bewältigen und so Präsentationsmöglichkeiten für Studierendengruppen zu schaffen, weist in diese Richtung. Des Weiteren leidet der AStA unter einem gewaltigen Transparenz-Defizit. Von öffentlichen Einladungen zu den öffentlichen Sitzungen kann keine Rede sein, ebenso werden Protokolle meist nur mit großer Verzögerung online gestellt. Ohnehin sind die AStA-Sitzungen angesichts der gegenwärtigen Mehrheiten nur eine Farce. Echte Debattenkultur braucht man bei einer Dauer von einigen Minuten jedenfalls kaum zu erwarten.

Wir treten für einen grundlegenden Wandel dieses Systems ein. Unser Ziel ist eine demokratische und transparente Studierendenvertretung, kein Fachschafts-Bolschewismus! Leider scheint die buf-

Mehrheit dem Prinzip der Offenheit keine Relevanz beizumessen. Es braucht dringend frischen Wind in der Freiburger Hochschulpolitik, um diese überkommenen Strukturen aufzubrechen.

Bachelor stärken, Bologna weiterentwickeln

Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass in vielen der reformierten Studiengänge nur noch die Erfüllung des Studienplans zählt. Es kann nicht dem hohen Bildungsideal einer Universität entsprechen, dass häufig keine Zeit mehr bleibt, selbständig neue Aspekte des eigenen Fachs zu entdecken oder einen Blick über den fachlichen Tellerrand zu wagen. Der "workload" darf studentischer Eigeninitiative nicht die Luft abschnüren!

Eine von Bürokraten genau festgesetzte Stoffmenge erarbeiten, einüben, in der Klausur zu Papier bringen und bitte keine Umwege gehen: Die Umwandlung der Universitäten in Hochleistungsschulen ist ein gefährlicher Irrweg. Mit dem Anspruch und der Tiefe des Studiums muss sich auch die Arbeitsweise hin zur Wissenschaftlichkeit wandeln. Die LHG fordert: kein zweites Mal Schule! Zwang als Schlüsselement vieler Studienordnungen ist denkbar ungeeignet, die Anforderungen zu erfüllen, die zu Recht an das Bildungssystem und seine Absolventen gestellt werden. Persönlichkeitsbildung findet nicht nur in Soft-Skill-Seminaren statt.

Von zentraler Bedeutung ist es, dass Bachelorprogramme nicht lediglich den Charakter einer akademischen Durchgangsstation erhalten, sondern tatsächlich berufsqualifizierend sind. Mangelnde Anerkennung erfährt der sechssemestrige Bachelor nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch an vielen ausländischen Universitäten - und das, obwohl die Erhöhung der internationalen Mobilität der Studierenden eines der erklärten Ziele der Reform war.

So gesehen ist die systematische Verknappung von Master-Plätzen die wohl unredlichste aller denkbaren Möglichkeiten zur Studierendenauswahl, da diejenigen, die keinen Masterplatz erhalten, letztendlich auf einem kaum am Arbeitsmarkt verwertbaren "Schmalspurabschluss" sitzen bleiben und drei Jahre lang Zeit und Geld vergeudet haben.

Wir sind uns im Klaren darüber, dass eine Vermittlung der unbedingt berufsrelevanten Inhalte im gegenwärtig verfügbaren zeitlichen Rahmen oftmals nicht zu leisten ist. Deshalb hat es sich die LHG zum Ziel gesetzt, eine Erweiterung des Bachelors auf 240 ECTS bzw. eine Regelstudiendauer von acht Semestern zu erreichen.

Nicht übersehen werden darf ferner, dass gerade in den Geisteswissenschaften eine Fixierung auf ein einziges Studienfach für eine umfassende Ausbildung keinesfalls förderlich ist. Doch in der gegenwärtigen Studienordnung verkommen Nebenfächer zu einer Pseudo-Ergänzung. Eine Abschaffung der Nebenfächer ist für uns daher nicht zielführend. Wir fordern deshalb innerhalb der oben beschriebenen erweiterten Bachelor-Studiengänge eine Aufwertung auch des Nebenfaches sowie die Möglichkeit, bisher im BOK-Bereich vorgesehene ECTS-Punkte nach Wahl des Studierenden auch im Hauptfach, Nebenfach oder Interdisziplinären erbringen zu können.

Die zahlreichen Schwierigkeiten mit den neuen Studiengängen halten freilich einige nicht davon ab, das in seiner konkreten Form als gescheitert anzusehende Konzept auf Fachbereiche ausweiten zu wollen, deren über Jahrzehnte bewährte Ausbildungsstruktur gut funktioniert und auch international Anerkennung erfährt, ja bisweilen als Vorbild für eigene Reformbemühungen herangezogen wird. Dies gilt in besonderem Maße für den staatsexaminierten Einheitsjuristen. Weder kann in einem derart länderspezifischen Bereich wie dem Recht die internationale Verzahnung auf einem anderen Wege als einem gesonderten ausländischen Abschluss erfolgen, noch sollte vom hohen Anspruch in

der Juristenausbildung abgerückt werden. Aber auch Versuche, auf die Einführung eines Medizinstudiums zweiter Klasse für weniger anspruchsvolle Tätigkeiten hinzuwirken, leisten einer mehr offenen denn schleichenden Entwertung der akademischen Standards sowie der Qualität der medizinischen Betreuung im Allgemeinen Vorschub und sind abzulehnen. Daher kann die Maxime nur lauten, der Medizin und der Rechtswissenschaft nicht in fehlgeleitetem Reformeifer das Bachelor/Master-System überzustülpen.

Studiengebühren: Für mehr Chancengleichheit

Wir teilen die Kritik, dass Studiengebühren in ihrer gegenwärtigen Form eine Verschärfung der sozio-ökonomischen Selektivität unseres Bildungssystems bedeuten. Studiengebühren müssen so gestaltet werden, dass sie niemanden vom Studium abhalten. Gleichzeitig sind wir aber überzeugt, dass Akademiker, denen ihr Studium in der Regel zu einem gutbezahlten Job verhilft, einen Beitrag zur Finanzierung ihrer Ausbildung leisten sollten. Deshalb setzen wir uns für eine nachlaufende Erhebungsweise der Studiengebühren ein: Die Zahlung wird erst nach dem Abschluss fällig; diejenigen Absolventen, die nach ihrem Abschluss ein gewisses Mindesteinkommen verfehlen, sind von der Zahlungspflicht befreit, um sozialen Härten entgegenzuwirken. Ein Gebührenverzicht gegenüber denjenigen, die gemeinnützig tätig werden - auch dies andernorts längst Gang und Gäbe - wäre gleichfalls als Komponente vorzusehen.

In jedem Fall aber müssen die Studiengebühren einer tatsächlichen Verbesserung von Studium und Lehre dienen, nicht der Aufrechterhaltung des Status quo bei gleichzeitigem Rückzug des Staates.

Es dürfte außerdem jedem klar sein, dass es die Studierenden sind, die am besten beurteilen können, wo sich die Mittel aus Studiengebühren am wirkungsvollsten einsetzen lassen. Mitbestimmung und Transparenz bei der Verwendung der Gebührengelder müssen daher endlich an der Universität Einzug halten.

Im Hinblick auf die Studienfinanzierung ist es gewiss ein Armutszeugnis, dass noch immer nicht ausreichend Anstrengungen unternommen werden, um dem Ideal der Chancengleichheit nahe zu kommen: Bildung als Bürgerrecht ist keine Worthülse, sondern eine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Notwendigkeit.

Nicht nur angesichts der Studiengebühren in ihrer aktuellen Form ist Nachholbedarf unübersehbar. Insbesondere die sogenannte Geschwisterregelung ist eine Fehlkonstruktion. Denn wohlhabende Eltern werden dadurch entlastet, weniger wohlhabende Eltern könnten sich häufig nicht einmal das Studium des ersten oder zweiten Kindes leisten. Gleichzeitig aber fehlen den Hochschulen so bereits sicher geglaubte Mittel.

Wir fordern eine grundlegende Reform des BAföG, um tatsächliche Chancengleichheit zu gewährleisten. Darauf angepasst muss es einerseits bezahlbare Studienkredite geben, andererseits ein leistungsbezogenes Stipendiensystem. Ein Stipendiensystem ohne Berücksichtigung von BAföG, wie es die gegenwärtige Bundesregierung plant, ist der Chancengleichheit nicht unbedingt förderlich und ohne Harmonisierung mit einem reformierten BAföG nicht der ideale Weg.

Staatliche Verantwortung und private Beiträge

Die Politik muss sich zu ihrer Verantwortung bekennen und damit aufhören, sich in wohlfeilen Absichtsbekundungen zu ergehen, die bei der erstbesten Gelegenheit kurzfristig populärerem, aber unsinnigen Maßnahmen geopfert werden. Solange der Staat beträchtliche Summen aufwendet, um gezielt volkswirtschaftlich konsequente Marktergebnisse durch Subventionen zu verzerren, kann es nur als Hohn empfunden werden, mit Verweis auf knappe Kassen das zentrale Aufgabenfeld der Bildung zu vernachlässigen.

Das Minimalziel vonseiten des Staates muss die Aufrechterhaltung des staatlichen Anteils auch in Zeiten knapper Kassen sein. Schon mittelfristig ist die Erreichung des 10-%-Ziels im Hinblick auf die Bildungsausgaben anzustreben.

Dennoch wären die Hochschulen gut beraten, sich weitere Finanzierungsmöglichkeiten zu erschließen: Zu denken wäre insbesondere an die verstärkte Einwerbung von Drittmitteln aus der Wirtschaft, von Stiftungen, vermögenden Privatpersonen und Alumni. Insbesondere Modelle des Sponsoring einzelner Maßnahmen und Modernisierungsprojekte müssen stärker in den Fokus rücken. Selbstverständlich darf die Freiheit der Lehre und der Wissenschaft dabei in keiner Weise beeinträchtigt werden.

Für die gläserne Uni, nicht den gläsernen Studenten

Wir fordern mehr Transparenz in der Arbeit der Gremien wie Universitätsrat, Senat und AstA. Sitzungen müssen öffentlich angekündigt werden und in der Regel offen für alle zugänglich sein, beispielsweise auch per Livestream. Informationen über die Arbeit und Protokolle müssen zeitnah öffentlich bereit gestellt werden.

Doch auch Datenschutz und Persönlichkeitsphäre müssen gestärkt werden. Welche Daten werden von der Uni erhoben? Was geschieht damit? Ein Beispiel: Wenn jemand eine Prüfungsleistung krankheitsbedingt nicht erbringen kann, reicht in vielen Studiengängen gegenwärtig ein einfaches ärztliches Attest nicht aus. Stattdessen muss die Krankheit auf dem "qualifizierten" Attest konkret angegeben werden. Darin sehen wir einen tiefen Eingriff in die Persönlichkeitsphäre der Studenten, die wir ablehnen. Es besteht keinerlei Notwendigkeit, die Universität so genau über den Gesundheitszustand ihrer Studenten ins Bild zu setzen. Ein ärztliches Attest muss genügen. Weitergehende Kontrollbemühungen sind unnötig und unangebracht, die hierfür aufgewandten Ressourcen wären besser in flexiblere Prüfungsangebote investiert.

Schluss mit der ausufernden Bürokratie

Nach dem Status Quo sind in den Bachelor-Studiengängen Prüfungsanmeldungen nur innerhalb einer Woche kurz nach Vorlesungsbeginn möglich. Des Weiteren muss zu Beginn festgelegt werden, ob eine Prüfungs- oder Studienleistung erbracht wird. Dazu besteht aber, von rein bürokratischen Motiven abgesehen, keinerlei Notwendigkeit. Es muss einerseits möglich sein, sich für eine Prüfung auch noch einige Wochen davor anmelden bzw. sich einige Tage vorher abmelden zu können und andererseits, Studien- und Prüfungsleistungen ex post festzulegen. Die Interessen der Studenten stehen im Vordergrund, nicht die der Bürokratie!

Bessere Online-Angebote, offene Standards

So begrüßenswert es ist, dass zu zahlreichen Lehrveranstaltungen auch online Materialien angeboten werden: Für die Studierenden wäre es eine große Erleichterung, die Dateien nicht auf den jeweiligen Lehrstuhlwebsites zusammensuchen zu müssen, sondern eine zentrale Anlaufstelle zum E-Learning zur Verfügung zu haben. Diese gibt es bereits, und zwar in Gestalt von Campus Online - es wäre an der Zeit, der Plattform zu stärkerer Akzeptanz aufseiten der Lehrenden zu verhelfen.

Darüber hinaus halten wir es für angebracht, die Benutzerfreundlichkeit der Uni-Website einer gründlichen Überprüfung zu unterziehen. Oftmals ist die gesuchte Information per Google schneller erreicht als über die vorgesehene Navigation; auch gestandene Internetnutzer verirren sich leicht im dortigen Kategoriendickicht. Im Zuge der Verbesserungsmaßnahmen könnte dann auch endlich eine flächendeckende Nutzung des neuen Corporate Designs erreicht werden.

Weiter sprechen wir uns für die stärkere Nutzung offener Standards und freier Software an der Uni aus. Ärgerlich ist, dass Studierenden Dateien zum Teil nur in Pseudo-Standard-Formaten zur Verfügung gestellt werden, deren Verarbeitung kostenpflichtige Software voraussetzt. Auch muss freier Software mehr Raum zugestanden werden, beispielsweise Linux neben Windows als Dual-Boot-Option in den Rechner-Pools.

Bildungsdialog statt Streik

Einige der Ziele des Bildungsstreiks sind vollkommen richtig und werden von uns längst geteilt, andere Aspekte, wie die weitgehende Abschaffung von Leistungsüberprüfungen oder die gezielte Verquickung hochschulpolitischer Inhalte mit stramm linksgerichteten sozial- und wirtschaftspolitischen Kampagnen, sind unsinnig und werden von uns entschieden abgelehnt.

Doch auch für unterstützenswerte Anliegen gilt, dass der Zweck noch lange nicht die Mittel heiligt. Daher lehnen wir Maßnahmen wie Hörsaalbesetzungen ab. Es kann nicht sein, dass eine protestierende Minderheit - die gähnende Leere im besetzten Audimax schon nach wenigen Streiktagen sprach Bände - eine Mehrheit vom Studieren abhält weil Lehrveranstaltungen ausfallen oder in viel zu kleine Hörsäle verlegt werden müssen. Feiernde Kommunisten haben im Audimax nichts zu suchen!

Ebenso ist es nicht hinnehmbar, dass durch "Protestaktionen", die mit den Problemen im Bildungswesen nicht das Geringste zu tun haben, die berechtigten Anliegen der Studierenden diskreditiert werden. Gleisblockaden am Bahnhof bringen nur diejenigen weiter, die die Konfrontation mit der Polizei suchen - auf politischer Ebene aber schaden sie dem Ansehen der Studierenden und machen es noch schwieriger, Ausgabensteigerungen im Bildungswesen in einer im demographischen Wandel befindlichen Gesellschaft durchzusetzen.

Demgegenüber tritt die LHG für eine sachliche, ergebnisorientierte Herangehensweise ein. Überzeugungskraft entfaltet in erster Linie substantiierte Kritik zusammen mit durchdachten Vorschlägen und Gegenkonzepten. Auch sind wir überzeugt, dass das Thema Bildung auch ohne Ausschreitungen in den Medien zu halten ist. Fest steht jedenfalls: Gegen wichtige Entscheidungsträger wird es keine Verbesserungen geben.

Mehr Raum zum Lernen und Wohnen

Durch den Umbau der UB gibt es gerade im Universitätszentrum einen deutlichen Mangel an Lernraum. Deshalb fordern wir die Öffnung der Mensen als Lern- und Arbeitsraum für die Studenten.

Jedes Jahr zu Beginn des Wintersemesters herrscht in Freiburg akute Wohnungsknappheit. Durch den doppelten Abiturjahrgang 2012 wird sich dieses Problem noch verstärken. Deshalb muss in Freiburg das Angebot an bezahlbaren Wohnheimzimmern unbedingt ausgebaut werden.